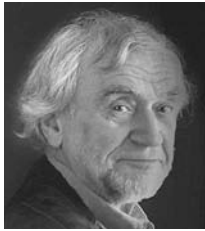


Brave Linkspartei – immerhin



Zur PDS und WASG: Unsere Optimisten sehen schon die Einheit der Arbeiterklasse am Horizont aufleuchten. Unsere Pessimisten befürchten den Verlust sozialistischer Rest-Identität. Die nationale, westliche Einheitsfront von SPD/CDU/CSU/FDP aber reagiert wie Kaiser Wilhelm mit chaotischen Ängsten, als folge auf den möglichen Wahl-September der Rote Oktober.

Pustekuchen, Bürger, Genossen, Freunde. Parteien und Wahlgänge leisten längst nicht mehr, was sie versprechen. Offen gestanden sind mir PDS und WASG zu wenig radikal, jedenfalls verglichen mit Büchners Hessischem Landboten, dem Kommunistischen Manifest und der Bergpredigt. Da ich von der nächsten Bundestagswahl weder die Rettung der Welt noch ihrer deutschen Region zwischen Ost- und Bodensee erwarte, genügte es mir, zöge eine ehrliche Linkspartei mit mehr als 5% in den Bundestag ein. Solltens es 7% werden, trinke ich ein Glas Champagner (brut), ab 10% müsste es Krimsekt sein. (Vorsicht: rot!)

Diese Berliner Republik wurde bisher von zwei Stammsitzparteien gesteuert, die sich im Bäumchen-

wechsel-dich-Spiel auf Regierung und Opposition verteilten. Jetzt wissen die momentan Oberen nicht mehr weiter, und wenn die ändern sich nach oben merkeln, wird es noch übler. Unten aber wollen immer mehr Leute endlich etwas Neues. Soviel Pluralität wirkt in Deutschland schon wie Revolution. Man vereinigte sich doch, damit alles bleibt wie es ist. Selbst vor der Großen Koalition scheuen Schröder-Merkel-Stoiber zurück, denn sie prozivierte nur noch mehr Volksoption und wäre bald perdu.

Wir werden also neben den von Schröder entsozialdemokratisierten Sozis und der entchristlichten CDU/CSU im Bundestag als dritte Kraft eine brave Linkspartei bekommen. Das ist nicht viel – immerhin mehr als jetzt, wo nur noch Kapitalmagnaten, Medienmogule, Militärs und Politmimen in Parlament, Presse und Fernsehen dominieren. Kein Volk der Welt will sich in Ewigkeit von einer Klasse bornierter Millionäre vorschreiben lassen, wie es den Gürtel enger zu schnallen hat. In ihrer Panik vor dem eventuell gefahr-voll ausbrechenden Pluralismus spucken die Polit-Lamas Richtung neuer Opposition. Gysi kriegt nur die halbe Ladung ab, er hat sein Gefegfeuer längst hinter sich und verfügt über die lose Zunge eines eingeborenen West-Profis. Lafontaine wird abgewatscht, »Fremdarbeiter«

sei braundeutsch. Das dementierte per Sprachwissenschaftler sogar die heilige FAZ und wird auch im maßgebenden Wörterbuch des Unmenschen von Sternberger, Storz, Süskind nicht so definiert. Dort steht aber die Vokabel »Einsatz« als verheerendes Beispiel hitlerscher Kriegssprache. Das Wort wurde inzwischen wieder zum Militär eingezogen und dient als Amtsdeutsch vom Kosovo bis zum Hindukusch. Wohin sind unsere Lehrer, die das einst wussten und zu sagen wagten?

Peter Sodann, alias Kommissar Ehrlicher, wollte für die PDS-Sachsen zum Bundestag kandidieren, ein linkslastiger Volksschauspieler als MdB? Niemals. Die Laienschauspieler der herrschenden Klasse teilen alle Bühnen zwischen Christensen und Illner unter sich auf. Und willige Regisseure sorgen für Disziplin, fast wie weiland in der DDR. Aber nein, das war doch eine Einparteiendiktatur. Unisono sondern Minister von Fischer, Joseph und Schönbohm, General, bis hin zum ehemaligen »Dany le Rouge«, Cohn-Bendit Beschimpfungen und Drohungen gegen den Saarländer ab. Wir begreifen, Spitzenkarrieren sind heute Resultat gezielter Negativauslese. Da muss etwas anderes her –

plurale Sozialisten.

Die deutsche politische Klasse samt ihren intellektuellen Adepten führte das Volk vom Ersten in den Zweiten Weltkrieg und ab 1945 zur anschließenden Zweiteilung sowie zur fatal falsch inszenierten Vereinigung ab 1989/90. Erwachte Adolf Hitler heute in seinem für 100 Filmszenen ausgeleuchteten Führerbunker, diesem modifizierten Kyffhäuser, dürfte er zur Siegesfete mit Wehrmachtspatrouille aufrufen: Die Arbeiterklasse abgemeldet, die Kommunisten geschlagen, die Sozis eine mindere Spekulationspartei, der deutsche Soldat aber vom Balkan bis zum Hindukusch auf Wacht.

Von 1914 an, als die deutschen Sozialdemokraten, ihre Friedensschwüre vergessend, den Kriegskrediten zustimmten, geriet die deutsche Linke unter Zugzwänge. Die reformistische Linke verblieb bis heute im Schatten des Verrats von 1914, die radikalen Linken wandelten sich von ursprünglichen Pazifisten zu Spartakisten, endlich Kommunisten, die alsbald unter Stalins Einfluss gerieten, wie schon die Lenin-Trotzki-SU durch Stalin vom Internationalismus zum Nationalismus abgetrieben worden war. Wie also weiter, wenn nicht im Bunde pluraler Sozialisten?

GERHARD ZWERENZ

(Aus: SoZ Nr. 8, August 2005)

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose Probeausgabe
- Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerli-

chen Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerstands zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergriff Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-



Sozialistische Hefte 8

»Arbeit & Gerechtigkeit«

Für 5 EURO gegen Rechnung bei nebenstehenden Adressen bestellen!

schaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen. Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ